

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Bundesregierung unterstützt Länder bei der Abschiebung

Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder haben bei einem Treffen am 9. Februar 2017 u. a. beschlossen, dass angesichts der derzeitigen besonderen Situation, die durch eine große Anzahl an Personen ohne Bleiberecht geprägt ist, Bund und Länder, dort wo erforderlich, die personelle Ausstattung der für Angelegenheiten der Rückführung zuständigen Stellen (einschließlich der Verwaltungsgerichte) gezielt weiter verbessern werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viel zusätzliches Personal hat die Landesregierung bei der Bundesregierung bei der Rückführung von ausreisepflichtigen Personen angefordert (bitte aufgliedert nach den einzelnen rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden)?
2. Wie viele Landesbeamte werden zur Unterstützung an die rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden abgeordnet und von welcher Landesbehörde?
3. Wie viele schuldienstunfähige Lehrkräfte, polizeidienstuntaugliche Beamte und justizvollzugsdienstuntaugliche Beamte wurden schon zur Unterstützung zu den rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden abgeordnet?
4. Welche Beschlüsse, die auf dem Treffen am 9. Februar 2017 getroffen wurden, stammen aus Rheinland-Pfalz?
5. Wird die Landesregierung mit der Bundeswehr, insbesondere mit dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr, mit der Bitte in Kontakt treten, Soldaten und Beamte zur Unterstützung der rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden abzuordnen? Wenn nein, warum nicht?
6. Wie ist der Sachstand zu dem Beschluss, die Befristung der Verpflichtung für Asylsuchende ohne Bleibeperspektive, in rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen, zu verlängern?
7. Ist die Landeseinrichtung für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige personell ausreichend aufgestellt? Wenn nein, warum nicht?

Matthias Lammert